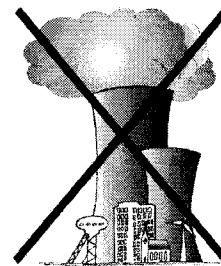


Bürgerinitiative BI - Kontra Kohle Kraftwerk e.V.



c/o. Thomas Matthée · Grenzstraße 162 · D-44534 Lünen

Bundesministerium für Gesundheit
- Frau Bundesministerin Ulla Schmidt persönlich -
Friedrichstr. 108
D-10117 Berlin

BI – KKK
Thomas Matthée
Grenzstraße 162
D-44534 Lünen
Fon: (02306) 782085

Lünen, 17.04.2009

Offener Brief betreffend: Ihr Besuch bei der TRIANEL GmbH am 03.04.2009

Sehr geehrte Frau Ministerin Schmidt,

die für Lünen und Umgebung zuständigen Medien haben darüber berichtet, dass Sie am 03.04.2009 der TRIANEL GmbH einen Besuch abgestattet haben.

Die Medien zitieren nahezu wortgleich einige Ihrer Aussagen während Ihres Besuchs bei TRIANEL:

- Die Investition in umweltfreundliche Kohlekraftwerke in Krefeld und Lünen seien der richtige Weg.
- Die Milliardeninvestitionen in neue Kraftwerke seien notwendige Bausteine, um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern.
- Dass Stadtwerke mit ihren Beteiligungen an den TRIANEL-Projekten selbst in den Bau von Großkraftwerken einsteigen, sei eine absolute Notwendigkeit, um langfristig die Unabhängigkeit der kommunalen Unternehmen zu sichern.

Zuerst haben wir gedacht: Aprilscherz. Aber der 1. April 2009 war bei Ihrem Besuch schon vorbei.

Folglich müssen wir Ihre Äußerungen ernst nehmen. Das bringt uns allerdings zu folgenden Fragen:

1. Woher nehmen Sie die Gewissheit, dass neue Kohlekraftwerke, insbesondere diejenigen von TRIANEL, **umweltfreundlich** sind?
2. Warum greifen Sie die wirtschaftlichen und energiepolitischen Argumente, die hauptsächlich von den Energieversorgern vorgebracht werden, auf?

Vorsitzender:
Thomas Matthée
Grenzstr. 162
44534 Lünen
AG Lünen, VR 0759

Stellv. Vorsitzende:
Peter Nichau
Ingbert Kersebohm
Joachim Wilmes

Bankverbindung:
Dresdner Bank Lünen
BLZ: 440 800 50
Konto: 0374 094 801
Spenden: 0374 094 802

E-Mail:
info@kontra-kohle-kraftwerk.de
Internet:
www.kontra-kohle-kraftwerk.de

Erstens sind die von Ihnen aufgeführten Argumente leicht widerlegbar, und zweitens fällt deren öffentliche Bewertung überhaupt nicht in Ihr Ressort.

In den Anlagen haben wir zahlreiche Daten und Fakten für Sie zusammengestellt. Gemessen daran erscheinen Ihre o.g. Äußerungen einseitig und unreflektiert. Wir weisen Sie darauf hin, dass durch Ihre o.g. Äußerungen der Bevölkerung suggeriert werden könnte, die Kohlekraftwerke in Krefeld und Lünen seien tatsächlich umweltfreundlich.

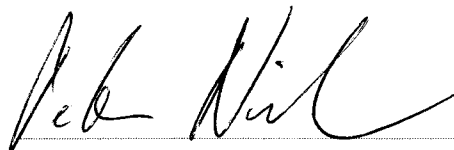
Wir fordern Sie deswegen auf, sich öffentlich davon zu distanzieren.

Ferner bitten wir Sie um Ihre schriftliche Stellungnahme, ob – und falls ja, warum – Sie angesichts der in diesem Schreiben aufgeführten Daten und Fakten immer noch der Meinung sein sollten, dass dieses Kohlekraftwerk von TRIANEL in Lünen richtig ist.

Auf Grund der erheblichen Tragweite Ihrer Äußerungen, die wir für irreführend halten, leiten wir diesen Offenen Brief an die für Lünen und Krefeld zuständigen Medien weiter.



Thomas Matthée
(Vorsitzender)



Peter Nichau
(Stellv. Vorsitzender)

Anlagen:

Anlage 1:

Als Bundesgesundheitsministerin sollten Sie folgende Fakten zur Kenntnis nehmen:

01. Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen haben Chemiker, Physiker, Chemie-Maschinenbau- und Elektroingenieure sowie Juristen in ihren Reihen und können mit Vertreter/innen aus Industrie und Politik jederzeit „auf Augenhöhe“ diskutieren.
02. Ihre Behauptung, neue Kraftwerke seien notwendig, um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern, haben mehrere Naturschutzverbände bereits widerlegt. Wir verweisen z.B. auf die Arbeit von Thorben Becker vom BUND Bundesverband: „Es gibt keine „Stromlücke ... wenn riskante Atomkraftwerke abgeschaltet und keine neuen klimaschädlichen Kohlekraftwerke gebaut werden“.
03. Bezüglich der Wirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken ist zu berücksichtigen:
 - Die Preise für Anlagenteile haben sich in den vergangenen zwei Jahren verdoppelt.
 - Die Preise für Kraftwerkskohle haben sich in den vergangenen zwei Jahren verdoppelt.
 - Die Preise für die CO₂-Zertifikate sind ab 2013 unkalkulierbar.
04. Das bedeutet: In neue Großkraftwerke zu investieren, ist mittlerweile ein hochriskantes Unterfangen geworden, wie mehrere Beispiele belegen:
 - EVONIK hat genau aus den genannten Gründen trotz erteilter Genehmigung den Bau eines neuen Steinkohleblocks in Herne bis auf weiteres „auf Eis gelegt“. Pikanterweise waren an diesem Projekt auch zahlreiche kommunale Stadtwerke beteiligt.
 - RWE hat angekündigt, ab 2013 in Westeuropa keine neuen Kraftwerke mehr zu bauen. Grund: Die neuen EU-Beschlüsse zu den Verschmutzungs-Zertifikaten.
05. Kommunale Stadtwerke können ihre Unabhängigkeit auch noch dann langfristig sichern, wenn sie **nicht** in eigene Kohlekraftwerke investieren. Sie bräuchten bloß eine dezentralisierte Energieversorgung auf der Basis von Erneuerbaren Energieträgern aufzubauen und ihre Kunden an entsprechenden Fonds zu beteiligen. Z.B. zeigen die Gemeinden Freiamt und Schönau im Schwarzwald ganz Deutschland, wie nicht nur eine von den „Großen Fünf“ Stromkonzernen unabhängige, sondern sogar eine **völlig autarke** Energieversorgung funktioniert. So autark, dass diese Gemeinden sogar Stromüberschüsse erzeugen und diese exportieren.
06. Dass es zu mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt kommen wird, wenn Stadtwerke selbst Kohle verstromen, glauben bloß wenige. Wir erinnern an die Kanzlerschaft Ihres Parteifreundes Gerhard Schröder. In seiner Amtszeit erfolgten einige der größten Fusionen der jüngeren deutschen Geschichte. So z.B. entstand am 16.06.2000 durch Fusion von VEBA und VIAG der heutige E.On-Konzern.
In die Amtszeit von Bundeskanzler Schröder fiel auch die anschließende Übernahme der Essener Ruhrgas AG durch E.On, die trotz Bedenken der Monopolkommission und des Bundeskartellamtes per Ministererlaubnis durch den damaligen Staatssekretär Dr. Alfred Tacke vollzogen wurde. Dr. Tacke wurde anschließend Vorstandsvorsitzender der STEAG, jetzt EVONIK. Unserer Meinung nach sind die Begehrlichkeiten der Energiewirtschaft viel zu groß und das deutsche Kartellrecht demgegenüber viel zu schwach. Es ist

deswegen völlig illusorisch anzunehmen, Stadtwerke-Verbände könnten langfristig zu mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt führen.

07. Anfang 2006 hieß es, das TRIANEL-Kohlekraftwerk solle „schlüsselfertig“ insgesamt 750 Millionen Euro kosten. Mittlerweile sind die Investitionskosten auf (mindestens) 1,4 Milliarden Euro gestiegen. Das entspricht einer Steigerung um 86%. Ein „Ende der Fahnenstange“ ist überhaupt noch nicht abzusehen. Die Finanzierung des Lüner TRIANEL-Kohlekraftwerks erfolgt durch die Sparkassen-Finanzgruppe NRW und die Westdeutsche Landesbank. Die WestLB ist nahezu pleite und kann nur durch **massive Subventionen** am Leben erhalten werden.

Wir möchten die Situation so ausdrücken: **Wir alle** finanzieren das TRIANEL-Kohlekraftwerk mit **unseren** Steuergeldern.

08. Auf Grund dieser Subventionen hat TRIANEL einen erheblichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kraftwerksbetreibern, was mit einer marktwirtschaftlich orientierten Energieversorgung nicht vereinbar ist.

09. Der Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) hat eine Liste zusammengestellt, aus der hervorgeht, dass in ganz Deutschland bisher 35 Kohlekraftwerksprojekte bekannt geworden sind; wenn man das neue Vorhaben von INFRACOR im Chemiepark Marl hinzurechnet, sind es sogar 36 Kohlekraftwerksprojekte. Jedes dieser neuen Kohlekraftwerke soll eine elektrische Netto-Leistung von 750 MW oder mehr haben.

{Der BUND – bzw. seine Aktiven „vor Ort“ – wird als anerkannter ehrenamtlicher Naturschutzverband an allen immissionsschutzrechtlichen Scoping- und Vorbescheidsverfahren beteiligt, sieht im Grunde alle diesbezüglichen Antragsunterlagen und nimmt an den entsprechenden Scoping- und Erörterungsterminen teil. Insofern sind die Angaben, die der BUND zusammengestellt hat, als seriös zu betrachten.}

Einige Kohlekraftwerksvorhaben wurden durch massive Bürgerproteste verhindert oder von den jeweiligen Betreibern zurückgezogen.

23 Kohlekraftwerksprojekte sind allerdings wirklich ernst zu nehmen.

10. Ein Effizienzgewinn – und folglich eine Senkung der Treibhausgas- und Schadstoffemissionen sowie ein positiver Beitrag zur Gesundheitsvorsorge – kann nur dadurch erreicht werden, wenn mit jedem **neu** in Betrieb gehenden Kohlekraftwerk **alte** Kohlekraftwerke mit **gleicher** elektrischer Netto-Gesamtleistung **zeitnah** außer Betrieb genommen werden.

Das deutsche Treibhausgasemissionshandelsgesetz (TEHG) ist allerdings ein viel zu schwaches und mithin ungeeignetes Instrument. Die Bundesregierung hatte leider nicht den Mut, die Kraftwerksbetreiber nach festgelegten Kriterien zwingend zu verpflichten, ALT-Kraftwerke außer Betrieb zu setzen.

Als Folge dieses Versäumnisses strebt Deutschland einem erheblichen Zubau an Kraftwerksleistung auf Basis von Stein- und Braunkohle entgegen.

Dieser **Kraftwerkswildwuchs** ist mit den von Bundeskanzlerin Merkel verordneten Klimaschutzziele **eindeutig nicht** in Einklang zu bringen.

Übrigens: Nicht nur wir, sondern auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen kritisieren bereits seit zwei Jahren die klimaschädlich Kohlepolitik der Bundesregierung.

11. Bis 2012 sollen allein in Nordrhein-Westfalen 12 Kohlekraftwerke neu gebaut werden. Allein 7 Kohlekraftwerke sollen in dem kleinen Gebiet von Hamm bis Marl neu gebaut werden. {In Hamm (RWE, Doppelblock-Anlage), Datteln (E.On)

und Lünen wird bereits gebaut; in Herne hat EVONIK trotz erteilter Genehmigung aus Kostengründen den Baubeginn zurückgestellt, s. 04.}

Allerdings befinden sich in diesem kleinen Gebiet von Hamm bis Marl bereits 7 ältere Kohlekraftwerke in Betrieb. Lediglich in Hamm und in Datteln würden jeweils 2 alte, **kleinere** Blöcke abgeschaltet werden.

Eine überregionale Prüfung, ob eine derartige Ballung von Kraftwerken in einem so kleinen Gebiet mit der Verpflichtung des Staates zur Gesundheitsvorsorge, zur Luftreinhalteplanung und zur (raumordnerischen) Gleichbehandlung überhaupt verträglich sein kann, hat nicht stattgefunden; sie ist nach der Rechtslage in NRW auch gar nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Weil die NRW-Landesregierung unser Bundesland zum „Standort Nr. 1“ für Energieerzeugung, Abfallverwertung und Logistik noch weiter ausbauen will, hat sie kurzerhand jedes ausgewiesene Industriegebiet als geeigneten Standort für Kohlekraftwerke erklärt.

12. Die Bundesregierung hatte leider nicht den Mut, Kohlendioxid, das bei der Kohleverstromung in der Größenordnung von **mindestens 4,5 Millionen Tonnen** pro Jahr und Kraftwerk erzeugt wird, in der BImSchG-Gesetzgebung als Schadstoff zu deklarieren und Emissionsgrenzwerte für CO₂ festzusetzen.
13. Überhaupt ist die BImSchG-Gesetzgebung unserer Einschätzung nach viel zu schwach. Sie hinkt in nahezu **allen** Bereichen den Vorgaben z.B. der WHO um Lichtjahre hinterher.
14. Es gibt kein sauberes, mithin umweltfreundliches Kohlekraftwerk. Braun- und Steinkohle sind aus abgestorbenen und fossilisierten Pflanzen entstanden. Kohle enthält im wesentlichen alle chemischen Elemente, die sich zuvor in den lebenden Pflanzen befunden haben; neben Kohlenstoff sind auch Schwefel (ca. 3 bis 4,5%, bezogen auf die wasser- und aschefreie Kohle, waf) und Stickstoff (in etwa gleichen Mengen) enthalten. Darüber hinaus enthält Kohle auch noch Schwermetalle, z.B. Zink, Vanadium, Blei, Nickel, Quecksilber und Chrom sowie Arsen u.a. – je nach Herkunft natürlich unterschiedlich, aber in der Größenordnung von jeweils 50 mg/kg (oder ppm), bezogen auf die wasserfreie Kohle, wf). Im Lünen TRIANEL-Kraftwerk sollen pro Stunde etwa 250 Tonnen Steinkohle verbrannt werden. Folglich würden – trotz Reinigungsanlagen, die gemäß dem „Stand der Technik“ Reinigungsgrade von bloß 95% bis 98% haben – **erhebliche** Mengen an Schadstoffen in die Umgebung geraten. Und zwar würden folgende Mengen **zusätzlich** zur bestehenden Belastung in die Lünen Luft geblasen:

Schadstoff	Emissionen	
	in g/Stunde	in g/Jahr bei 7.000 Betriebsstunden
Kohlendioxid	645.333.000	4.517.331.000.000
SO ₂	728.000	5.096.000.000
NO _x	395.200	2.766.400.000
Arsen	120	840.000
Blei	250	1.750.000
Cadmium	17	119.000
Chrom	150	1.050.000
Kupfer	190	1.330.000
Nickel	300	2.100.000
Quecksilber	4	28.000
Selen	16	112.000
Vanadium	370	2.590.000
Zink	610	4.270.000
Feinstaub PM2,5	17.000	119.000.000

15. Die gefährlichen Feinstäube PM2,5 lassen sich großtechnisch praktisch gar nicht entfernen, sind aber höchst gefährlich. DIE ZEIT veröffentlichte am 19.02.2009 den interessanten Bericht:

“Umweltgifte: Feinstaub im Hirn“

(Quelle: ZEIT Online: <http://www.zeit.de/2009/09/Feinstaeube>).

Der Autor bezieht sich auf eine Studie von Wissenschaftlern aus Mexiko und den USA. Diese haben Kinder in Mexico City untersucht und mit sozial ähnlich gestellten Kindern verglichen, die in deutlich saubererer Luft lebten. Ergebnis: Diese ultrafeinen Partikel schaden nicht nur Lunge und Herzkreislauf, sondern auch dem Gehirn.

Dieses wesentliche Ergebnis wird durch andere Untersuchungen bestätigt.

16. Kohlekraftwerke emittieren auch radioaktive Strahlung. Aber nach dem Motto: „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf,“ ist radioaktive Strahlung aus Kohlekraftwerken in der BImSchG-Gesetzgebung gar nicht vorgesehen. Der uralte Bericht der Strahlenschutzkommission „Zum Vergleich der Strahlenexposition der Bevölkerung durch Emissionen radioaktiver Stoffe aus Kohlekraftwerken und aus Kernkraftwerken – Empfehlung der Strahlenschutzkommission“ vom 02.07.1981 darf überhaupt nicht mehr herangezogen werden, weil vor 30 Jahren noch niemand daran gedacht hat, dass jemals Kohlekraftwerke mit 750 MW (und mehr) elektrisch netto gebaut werden sollen.
17. Alle neuen Braunkohlekraftwerke und etwa die Hälfte aller neuen Steinkohlekraftwerke, insbesondere das TRIANEL-Kohlekraftwerk in Lünen, haben keine separaten Schornsteine mehr, sondern leiten ihre Rauchgase durch den Kühlturm ab. Die Gründe dafür sind:
- a) Die Kosten für ein separates Hochbauwerk, den Schornstein, entfallen.
 - b) Die Energie, die dafür erforderlich wäre, um die gewaltigen Mengen an Rauchgasen durch einen 300 Meter hohen Schornstein hindurch zu drücken, entfällt.

Allerdings halten Naturschützer diese Technik für sehr gefährlich: Trotz Rauchgasreinigung nach „dem Stand der Technik“ geraten **pro Stunde** jeweils ca. 500 kg Stickstoff- und Schwefeloxide, ca. 20 kg Feinstäube sowie erhebliche Mengen an Schwermetallen in den Kühlturm. Bereits im Kühlturm treffen die gefährlichen Inhaltsstoffe der Rauchgase und das mit Chemikalien (Härte- und pH-Stabilisatoren) und Pharmaka (Mikrobizide zur Bekämpfung von Legionellen) belastete Kühlwasser zusammen und reagieren völlig unkontrollierbar miteinander.

Das bedeutet: **Der gefährliche „Saure Regen“ wird bereits ab Werk und frei Haus geliefert.**

Die Immissionsschutzgesetzgebung geht davon aus, dass die Rauchgase in der Regel über Schornsteine abgeführt werden. Folgerichtig sieht die TA Luft 2002 keine Grenzwerte für z.B. säure- und schwermetallhaltige Aerosole vor.

18. Die sogenannte „Umlaufkühlung“ ist das Kühlverfahren der Wahl, wenn, wie in unserer Region, bloß ein geringes Angebot an Kühlwasser besteht. Bei der Umlaufkühlung wird die abzuführende Wärme dazu „genutzt“, große Mengen an Kühlwasser zu verdunsten. Die ständige Verdunstung hat allerdings eine Aufsalzung des im Kreislauf geführten Rest-Kühlwassers zur Folge. Um Schäden am Kühlsystem zu vermeiden, muss ab einer gewissen Obergrenze des Gesamtsalzgehaltes und der Gesamthärte über die sogenannte „Abschlammung“ und den Frischwasserzulauf eine Verdünnung des Kühlwassers herbeigeführt werden. An der Lippe zwischen Hamm und Marl sind bereits 6 alte Kohlekraftwerke in Betrieb. 6 neue Kohlekraftwerke sollen bis 2012 fertig gestellt werden. Alle diese Kraftwerke leiten ihre aufgesalzenen und aufgeheizten Abschlammwässer in die Lippe ein bzw. sollen diese zukünftig **zusätzlich** in die Lippe einleiten. Bei den neuen Blöcken RWE-Hamm, TRIANEL-Lünen und E.On-Datteln kommt erschwerend hinzu, dass die Rauchgase durch den Kühlturm abgeleitet werden sollen. Als Folge davon wird das Abschlammwasser nicht nur aufgesalzt und aufgeheizt, sondern auch erheblich mit Schwermetallen belastet sein. Damit verstoßen **alle** an der Lippe neu genehmigten Kohlekraftwerke gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie.

19. In Lünen arbeiten bereits mehrere emittierende Großanlagen, darunter:
- REMONDIS: Europas größter ALLES-Recycler,
 - AURUBIS (ehemals Norddeutsche Affinerie AG): Europas größte Sekundär-Kupfer-Hütte,
 - das Kohlekraftwerk von EVONIK (früher STEAG).

Im Umfeld der AURUBIS-Kupferhütte werden von den Überwachungsbehörden routinemäßig Staubbiederschläge aufgefangen und chemisch analysiert. Als Bundesgesundheitsministerin sollten Sie sich dafür interessieren, dass dort bereits seit vielen Jahren erheblich zu hohe Werte für Arsen und Schwermetalle gefunden werden und Quecksilber und Thallium gar nicht erfasst werden; siehe die beigefügte, vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) erstellte Tabelle.

Am 03.06.2008 haben verschiedene Lünen Initiativen nach einer aufwändigen Recherche der für Lünen und Umgebung zuständigen Presse eine Zusammenstellung der „Emissionen und Immissionen in Lünen“ vorgestellt, die auf den vom LANUV veröffentlichten Daten basiert, deren Korrektheit vom LANUV festgestellt worden ist.

Vergleich der Messdaten der Staubniederschlagsmessung in Lünen 2003-2007

		STN	Blei	Cadmium	Arsen	Nickel
		g/(m ² *d)	µg/(m ² *d)	µg/(m ² *d)	µg/(m ² *d)	µg/(m ² *d)
	IW TA Luft	0,35	100	2	4	15
Jahr	Standort					
2007	LÜNE 1	0,180	140,8	1,8	7,7	51,6
	LÜNE 2	0,169	89,4	1,5	5,9	39,2
	LÜNE 3	0,117	264,5	3,1	11,1	68,3
	LÜNE 5	0,161	62,6	1,3	3,7	16,8
	LÜNE 6	0,146	162,1	2,6	12,9	68,1
	LÜNE 7	0,096	114,4	1,4	7,3	37,2
	LÜNE 8	0,144	62,6	0,9	4,1	23,3
	LÜNE 9	0,089	58,9	1,0	3,7	22,2
	LÜNE 10	0,083	90,6	1,3	6,9	32,5
	LÜNE 11	0,188	200,7	2,2	11,0	50,0
	2006	LÜNE 1	0,262	229,1	2,8	11,5
LÜNE 2		0,110	117,8	1,1	6,4	27,9
LÜNE 3		0,121	307,5	2,4	12,2	68,1
LÜNE 5		0,181	60,4	0,9	4,0	18,7
LÜNE 6		0,104	241,0	2,6	20,9	76,6
LÜNE 7		0,124	146,6	1,4	10,2	40,2
LÜNE 8		0,143	85,0	1,0	5,3	24,7
LÜNE 9		0,086	71,6	0,8	5,0	20,0
LÜNE 10		0,103	212,6	2,1	21,9	49,3
LÜNE 11		0,179	213,3	1,8	11,8	58,3
2005		LÜNE 1	0,167	100,0	1,9	9,5
	LÜNE 2	0,122	82,6	1,1	6,8	23,6
	LÜNE 3	0,128	240,5	2,4	20,4	61,7
	LÜNE 4	0,163	72,6	1,9	8,4	21,8
	LÜNE 5	0,111	36,2	0,5	3,0	9,4
	LÜNE 6	0,077	119,6	2,0	16,0	45,3
	LÜNE 7	0,069	76,9	1,2	6,4	26,3
	LÜNE 8	0,123	51,2	0,9	4,8	16,7
	LÜNE 9	0,150	47,8	0,5	4,2	11,5
2004	LÜNE 1	0,232	126,3	2,0	7,2	54,1
	LÜNE 2	0,084	64,3	0,8	6,7	15,8
	LÜNE 3	0,103	212,1	2,2	18,1	43,6
	LÜNE 4	0,069	50,8	1,0	8,1	15,7
	LÜNE 5	0,093	30,8	0,5	4,2	8,7
	LÜNE 6	0,069	110,0	2,3	16,3	38,9
	LÜNE 7	0,105	71,6	1,7	9,6	37,3
	LÜNE 8	0,111	48,3	0,8	5,5	12,9
	LÜNE 9	0,168	61,3	0,7	6,9	13,6
2003	LÜNE 3	0,068	110,7	1,5	9,0	27,0
	LÜNE 5	0,066	26,9	0,3	2,5	5,8

Diese Zusammenstellung haben wir für Sie als Anlage beigefügt. Sie als Bundesgesundheitsministerin sollten in der Lage sein, dieses besorgniserregende Datenmaterial richtig zu lesen und zu interpretieren.

Wir interpretieren das vorliegende Datenmaterial so: Die Schadstoff-Vorbelastung in Lünen ist bereits viel zu hoch, so dass Lünen eine weitere Großanlage, wie insbesondere das TRIANEL-Kraftwerk, nicht verträgt.

20. Lünen Ärzt/innen stellen bei der Lünen Bevölkerung seit vielen Jahren eine deutliche Steigerung solcher Erkrankungen fest, die eindeutig auf permanente Belastungen mit Schadstoffen zurückzuführen sind. Der Lünen Kinderarzt, Allgemeinmediziner und Allergologe Dr. Karl Kluge ist zu folgenden Ergebnissen gekommen:
- Die Anzahl der Kinder mit Atemwegserkrankungen, allergischen Reaktionen, Nasenbluten u.a. hat in seiner 20-jährigen Praxiszeit zugenommen.
 - Kurz vor oder an Wochenenden, vor allem bei längeren Feiertagsperioden, ist der Anteil an Patienten mit quälendem Reizhusten, Nasenbluten und Bronchitis größer als an anderen Tagen.
 - Bestimmte Stadtteile Lünens sind stärker betroffen als andere: Die Krankheiten „seiner“ Kinder häufen sich genau im Lee (bezogen auf die Hauptwindrichtung) der Lünen Großemittenten.
 - Kinder, die nach Lünen gezogen sind und vorher gesund waren, zeigen erst in Lünen Krankheitssymptome.
21. Viele der vorstehenden Argumente hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Landesverband Nordrhein-Westfalen, in seiner ausführlichen Klagebegründung vorgebracht. Jedoch können nach der zzt. gültigen deutschen Rechtslage nicht alle Kritikpunkte gerichtlich überprüft werden. Das hat das Oberverwaltungsgericht Münster am 05.03.2009 mündlich begründet und beschlossen, dem Europäischen Gerichtshof einen Fragenkatalog vorzulegen. Im Kern geht es um die Frage, ob europäisches Recht in das deutsche Umweltschutzbehelfsgesetz, welches anerkannten Naturschutzverbänden Klagemöglichkeiten gegen Großprojekte einräumt, überhaupt gemeinschaftskonform umgesetzt worden ist, bzw. wie weit die Klagemöglichkeiten der anerkannten Naturschutzverbände reichen.
- Die Randnummer 27 der Begründung des OVG Münster zeigt auf, dass die Klärung der vorgelegten Fragen im vorliegenden Verfahren **entscheidungs-erheblich** ist. Bis zur abschließenden Klärung der vorgelegten Fragen ist das Verfahren **ausgesetzt**.
- Ganz klar wird in der Randnummer 39 der Begründung des OVG Münster erklärt: „Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist der von der Beklagten [Bezirksregierung Arnsberg; Ergänzung von uns] als der zuständigen Behörde gezogene Schluss, von dem Vorhaben der Beigeladenen seien offensichtlich keine erheblichen Beeinträchtigungen der betroffenen FFH-Gebiete zu erwarten, **nicht gerechtfertigt**. Die Ergebnisse der vom beigeladenen Vorhabensträger [TRIANEL; Ergänzung von uns] durchgeführten Vorprüfung tragen diese Feststellung **nicht**.“ Wir übersetzen diese Aussagen so: Wenn das OVG Münster bereits am 05.03.2009 abschließend zu entscheiden gehabt hätte, so hätte es den Vorbescheid / die 1. Teilgenehmigung für **unzulässig** erklärt.
22. Für TRIANEL und die beteiligten Stadtwerke bedeutet der EuGH-Vorlageschluss, dass sie **keine** endgültige Rechtssicherheit haben. TRIANEL baut in Lünen also auf eigenes Risiko weiter.
- Sollte der EuGH tatsächlich zu dem Schluss kommen, dass die anerkannten

Naturschutzverbände sehr weitreichende Klagemöglichkeiten haben, dann muss das OVG Münster **alle** in der Klagebegründung vorgebrachten Kritikpunkte intensiv prüfen. Dann könnte der aus Sicht von TRIANEL schlimmste Fall eintreten, dass die bereits erstellten Bauwerke wieder abgerissen werden müssen.

Wenn es tatsächlich so kommen würde, so hätten die beteiligten Stadtwerke nicht nur ihre bereits geleisteten Zahlungen verloren, sondern sie müssten auch noch die Abrisskosten tragen.

Wir möchten ein klares Bild der Situation zeichnen, in der sich die beteiligten Stadtwerke befinden: Spätestens seit dem 05.03.2009 spielt TRIANEL mit den Einlagen der Gesellschafter „Russisches Roulette“.

23. In Lünen hat sich ein kräftiger Widerstand gegen das TRIANEL-Kraftwerk formiert; nachfolgend ein Überblick über die wichtigsten Ereignisse:
- Am 15.03.2007 gründeten über 140 Bürgerinnen und Bürger die BI - Kontra Kohle Kraftwerk, die seit dem 30.09.2008 ein e.V. ist.
 - Im Mai 2007 haben sich viele Ärztinnen und Ärzte aus Lünen und Umgebung zur „Ärzte-Initiative gegen den Bau des geplanten Steinkohlekraftwerkes in Lünen“ zusammengeschlossen, der inzwischen über 90 Arzt/innen angehören.
 - Am 14.06.2007 lehnte der Rat der Stadt Lünen unseren Einwohnerantrag mit einer Mehrheit aus SPD, CDU und FDP ab.
 - Mittlerweile haben weit über 12.000 Menschen aus Lünen und Umgebung mit ihrer Unterschrift dokumentiert, dass sie das TRIANEL-Kraftwerk nicht haben wollen.
 - Am 13.11.2007 forderten Kohlekraftwerksgegner den Rat der Stadt Lünen auf, er möge die Entscheidung, ob das TRIANEL-Kraftwerk in Lünen willkommen ist oder nicht, der Bürgerschaft überlassen und zur Klärung dieser Frage einen „freiwilligen Bürgerentscheid“ gemäß GO-NRW durchzuführen. Dies wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt.
Damit waren die parlamentarischen Möglichkeiten ausgeschöpft.
 - Am 06.05.2008 erteilte die Bezirksregierung Arnsberg der TRIANEL Power-Projektgesellschaft Kohlekraftwerk mbH & Co. KG den (positiven) Vorbescheid, die 1. Teilgenehmigung und den sofortigen Vollzug.
 - Die BI-KKK startete ihre Sammelaktion zur finanziellen Unterstützung der immissionsschutzrechtlichen Klage.
24. Unser entschlossenes Eintreten FÜR Klima-, Natur-, Gesundheits- und Gewässerschutz und GEGEN den Bau dieses völlig entbehrlichen Kraftwerks trägt in Lünen bereits Früchte:
- Sofern es bei den Lünen Politiker/innen aus den Reihen der SPD, der CDU und der FDP anfänglich eine euphorische Haltung gegenüber dem TRIANEL-Kraftwerk gegeben haben sollte, so scheint diese inzwischen bei sehr vielen verfliegen zu sein.
 - Zahlreiche Lünen Bürgerinnen und Bürger, die mit der Politik der „Großen Lünen Koalition“ mehr und mehr unzufrieden geworden sind, haben sich zu einer neuen Wählergemeinschaft der bürgerlichen Mitte „Gemeinsam für Lünen e.V.“ (GFL) zusammengeschlossen, die bei der nächsten Kommunal- und Kreistagswahl mit sehr guten Chancen antreten wird.
 - Die Lünen SPD wird nach der nächsten Kommunalwahl in Lünen sehr wahrscheinlich bloß noch eine untergeordnete Rolle spielen.

25. Mittlerweile verstärkt sich auch in anderen Städten, deren Stadtwerke sich an TRIANEL beteiligt haben, der Widerstand der Bevölkerung gegen diese Beteiligungen.

Kürzlich war eine kleine Delegation aus Lünen im Tessin. Wir sind einer Einladung der Tessiner Sektionen der Umweltorganisationen Greenpeace und WWF sowie der Tessiner Grünen gefolgt, um die in Bellinzona ansässige AET (Azienda Elettrica Ticinese), die immerhin mit 15% an dem Lünen TRIANEL-Kohlekraftwerk beteiligt ist, darüber in Kenntnis zu setzen, dass sie mittlerweile ein unkalkulierbares Risiko eingeht.

In Dachau hat sich Anfang des Jahres die Bürgerinitiative „Kontra Kohlestrom Dachau e.V.“ gegründet. Sie kämpft für einen Ausstieg der Stadtwerke Dachau aus dem TRIANEL-Projekt und wird in Kürze ein entsprechendes Bürgerbegehren einbringen.

26. Was in der ganzen Diskussion über den Sinn oder Unsinn neuer Kohlekraftwerke völlig ausgeblendet wird, ist die Tatsache, die Steinkohle, die in deutschen Kraftwerken verstromt werden soll, gar nicht mehr aus Deutschland kommt. In Deutschland sind bloß noch wenige Steinkohlezechen in Betrieb, und die Subventionierung des deutschen Steinkohlebergbaus läuft aller Voraussicht nach Ende 2018 aus. Als Lieferländer kommen in Frage: Polen, Russland, Kolumbien, Südafrika, Indonesien und Australien. Wenn man von Australien und Polen einmal absieht, so sind die übrigen Lieferländer hinsichtlich ihrer politischen Stabilität, ihrer Verlässlichkeit im internationalen Geschäftsverkehr und der Wahrung der Menschenrechte nicht gerade als vorbildlich einzustufen. Insbesondere aus Kolumbien kommen immer häufiger Nachrichten, dass die Arbeitsbedingungen der dortigen Bergleute miserabel sind und die Menschenrechte in den großen Steinkohleabbaugebieten häufig genug mit Füßen getreten werden.

27. Ihr wohlwollendes Eintreten für den Bau der TRIANEL-Kraftwerke in Lünen und Krefeld-Uerdingen zwingt uns, unsere Aktionen nunmehr auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen: Wir werden in Kürze alle Stadtwerke, die sich – in welcher Form auch immer – an dem TRIANEL-Konstrukt beteiligt haben, sowie die Mitglieder der zuständigen Stadträte über die spätestens seit dem 05.03.2009 erhöhten Risiken informieren.

Wenn die ersten Stadtwerke tatsächlich aus dem TRIANEL-Konstrukt aussteigen sollten, dann hätte dies eine deutliche Signalwirkung für alle anderen beteiligten Stadtwerke.

